

Die Kommunalpolitiker hoffen auf erlösende Signale aus Berlin, wie ihre Haushaltsmisere durch Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gebessert werden kann. Am 13. März führen der Haushalts- und der Kommunalausschuss ein Expertengespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden über finanzielle Entlastung der Kommunen. Seit Wochen erreichen den Landtag Stadt- und Gemeinde-ratsbeschlüsse aus allen Landesteilen, ein Notprogramm für die Kommunen zu beschließen, die Mitfinanzierung von Krankenhausinvestitionen und beim Unterhaltsvorschuss wieder aufzuheben und die Asylbewerberkosten voll zu erstatten. Auch mit Klagen vor dem Verfassungsgericht gegen Finanzlasten suchen Städte Abhilfe bei ihrer Haushaltsnot.

Zur Verabschiedung in zweiter Lesung steht das Bestattungsgesetz auf der Tagesordnung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales am 2. April. Bis zum 25. März sollen die mitberatenden Ausschüsse ihre Voten abgeben. Änderungen am Regierungsentwurf sind in der Beratung.

Ebenfalls im ersten Quartal verabschiedet werden soll das Mittelstandsgesetz. Der Wirtschaftsausschuss will die Anhörung von Anfang Dezember im Februar auswerten und die Schlussberatung im März vornehmen.

Im Schulausschuss liegen Anträge, das Bildungssystem in NRW nach PISA grundlegend zu reformieren. Mehr Ganztagschulen, Englisch in der Grundschule und Sprachförderung stehen auf der Tagesordnung. Bereits ab 1. Februar soll laut Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN die

In den 23 Ausschüssen des Landtags und den drei Enquete-Kommissionen werden im Jahr 2003 die Beratungen über bereits bekannte Problemlagen fortgesetzt, aber auch neue Themen zu behandeln sein. Mit einer gesetzlichen Regelung für Jugendmedienschutz befasst sich federführend der Hauptausschuss, nachdem das Plenum ihm den Entwurf der Landesregierung am 22. Januar überwiesen hat. Änderungen am Landespresse- und am Datenschutzgesetz gingen in den Ausschuss für Innere Verwaltung. Sozial-, Haushalts- und Städtebau-Ausschuss haben für Februar und März bereits sechs Anhörungen terminiert.

## Die Fachausschüsse im ersten Halbjahr 2003

### Kommunalfinanzen, Schulpolitik, Friedhofskultur

Schulpflicht für Kinder von Asylbewerbern und Flüchtlingen geregelt werden.

Gemeinsame Gesetzgebungsschritte oder Initiativen aller Fraktionen werden beraten bei der Integration von Zuwanderern, bei der Zusammenarbeit mit der NRW-Partnerregion Slaskie in Polen und beim Landesnachweis für besonderes Engagement im Ehrenamt, der über soziale Tätigkeiten hinaus auch auf kulturelle und sportliche Arbeit ausgeweitet werden soll. Ebenfalls gemeinsam fordern die Fraktionen die Landesregierung auf, die in diesem Jahr geplante Internationale Konferenz zu Erneuerbaren Energien in Bonn als Chance für NRW zu nutzen.

Der Kulturausschuss widmet sich in Zeiten knapper Kassen dem Stiftungswesen und dem Sponsoring, wozu ein Gesetzentwurf der CDU rechtliche Hürden bei der Finanzierung kommunaler Museen beseitigen soll. Die Universitätsbibliotheken Bonn, Düsseldorf und Münster brauchen zusätzliche Mittel, um ihre

gesetzlichen Pflichten erfüllen zu können. Sie müssen alle Veröffentlichungen beschaffen, katalogisieren und für die Nachwelt aufbewahren. Ebenfalls von der CDU angestoßen wurde das Thema, den Theatern „effizienteres Wirtschaften zu ermöglichen“ und hierzu mehrjährige Projekte zu fördern.

Zum Internationalen Frauentag bringt der Ausschuss für Frauenpolitik eine Publikation zum Thema „Gender Mainstreaming“ heraus. Das Thema will der Ausschuss auch in die Umsetzung des Hartz-Konzeptes einbringen. In NRW sollen zum Beispiel Dienstleistungspools berücksichtigt werden. Weitere Beratungsthemen sind die anonyme Geburt und die Einrichtung von Babyklappen. Sensibel ist auch die Diskussion über Spätabtreibung bei Früherkennung von Krankheiten eines Fötus im Mutterleib (pränatale Diagnostik). Der Frauenausschuss wird sich auch mit den Auswirkungen des Gewaltschutzgesetzes nach einem Jahr befassen (wird fortgesetzt).

## Rätselraten um undichte Stelle

Wer hat die knapp 60-seitige vorläufige Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofs (LRH) zur landeseigenen Projekt Ruhr GmbH an die Presse gegeben?

Der Sprecher der Grünen im Ausschuss für Haushaltskontrolle, Rüdiger Sagel, wollte, dass darüber eine Untersuchung angestellt wird. Für die SPD war die Sache klar: Die undichte Stelle sei in den Reihen der CDU zu orten. Die wiederum beteuerte wie die anderen beiden anwesenden Fraktionen, den Bericht überhaupt nicht zu kennen.

In der Sitzung des Ausschusses unter dem Vorsitz von Rolf Seel (CDU), betonte die Präsidentin des Landesrechnungshofs Ute Scholle, die vorläufige Prüfungsmitteilung des LRH zur Projekt Ruhr GmbH an die Landesregierung

sei urheberrechtlich geschützt und vertraulich: Darum könne sie dem Wunsch der CDU-Fraktion – Michael Breuer hatte gebeten, dass alle Abgeordneten auf den gleichen Kenntnisstand gesetzt werden – nach Informationen aus dieser Mitteilung nicht entsprechen.

Ebenso wie Scholle wies der Chef der Staatskanzlei, Minister Wolfram Kuschke (SPD), den Verdacht zurück, es gebe eine Absprache zwischen ihm und dem LRH, das Papier unter Verschluss zu halten. Derzeit würden im Auftrag des Ministerpräsidenten die Landesgesellschaften überprüft und gegebenenfalls neu justiert. Er erwarte, teile der Minister mit, dass im Frühjahr diese Bestandsaufnahme vorliege und dann gesagt werden könne, in welche Richtung die weitere Entwicklung geht. Kuschke: „Es ist mir ein hohes Bedürfnis, Ihnen zum frühestmöglichen Zeitpunkt Rede und Antwort zu stehen“. Ein gemeinsames Vorgehen sei wünschenswert.



Tief empfundenen Respekt hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt den Opfern des Naziterrors unter den Zeugen Jehovas ausgesprochen, an die unter dem Motto „Erinnern für die Zukunft“ bis zum 7. Februar eine Ausstellung im Landtagsgebäude erinnert. In der Wanderausstellung, sagte Schmidt weiter, stünden einfache Menschen im Mittelpunkt, die ihrem Gewissen folgend standhaft an ihrer religiösen Überzeugung festhielten, Zivilcourage zeigten und geistigen Widerstand aus christlicher Überzeugung geleistet hätten. Dafür seien sie unter dem lila Winkel in Gefängnissen und KZs der Nazis gequält und ermordet worden. – Die Ausstellung kann nach schriftlicher Anmeldung bei der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Mühlenstraße 29, 40200 Düsseldorf, Fax 02 11/8 92 91 37, besucht werden. Foto: Schälte